



Wichtige Informationen zu Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Corona-Virus

Für alle Fragen rund um das Corona-Virus ist die Telefon-Hotline der Stadt Mannheim unter der Telefonnummer 0621/293-2253 zu erreichen. Fortlaufend aktualisierte Informationen sind unter www.mannheim.de zu finden. Die Inzidenzzahl für den Stadtkreis Mannheim ist unter www.mannheim.de/inzidenzzahl einsehbar.

Verschärfung der Corona-Verordnung des Landes Baden-Württemberg

Das Land Baden-Württemberg hat die Corona-Verordnung zum 24. November verschärft. Alle Informationen sind unter www.baden-wuerttemberg.de/de/service/alle-meldungen/meldung/pid/verschaeerfung-der-corona-verordnung-zum-24-november-2021 zu finden.

Allgemeinverfügung Meldepflicht betrieblicher Cluster der Stadt Mannheim

Die Stadt Mannheim hat am 29. April 2021 eine Allgemeinverfügung zur Meldepflicht von betrieblichen Clustern, also der Anhäufung von Corona-Infektionen in Unternehmen erlassen, die zunächst bis zum 17. November 2021 verlängert wurde. Mit der seit 18. November 2021 gültigen Allgemeinverfügung wird diese nun bis zum 16. Dezember 2021 erneut verlängert, die inhaltlichen Regelungen gelten unverändert weiter.

Demnach ist in Arbeitsstätten, in denen • bei Beschäftigten, die sich im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit zumindest zeitweise innerhalb desselben umschlossenen Raums wie zum Beispiel gemeinschaftlich genutzten Büros, Werkhallen und Werkstätten, Fahrzeugen, Pausenräumen oder im selben Stockwerk desselben Gebäudeabschnitts aufhalten und bei denen

• innerhalb von 14 Tagen zwei oder mehr durch einen PCR-Test oder einen PoC-Antigen-Schnelltest bestätigte Infektionen mit dem SARS-CoV-2-Virus auftreten, der Arbeitgeber verpflichtet, unverzüglich eine nicht-namentliche Meldung unter Angabe der Fallzahl an das Gesundheitsamt Mannheim zu machen. Der Arbeitgeber ist hierdurch ausdrücklich nicht dazu verpflichtet, eine gesonderte, regelmäßige Erhebung von personenbezogenen Daten vorzunehmen.

Verstöße werden bei einem erstmaligen Verstoß gegen die Meldepflicht in der Regel bei vorsätzlicher Handlung mit einem Bußgeld von 200 Euro geahndet. Im Wiederholungsfall kann die Ordnungswidrigkeit gemäß § 73 Abs. 2 IfSG mit einer Geldbuße bis zu 25.000 Euro geahndet werden.

Die Allgemeinverfügung kann unter www.mannheim.de/de/informationen-zu-corona/aktuelle-rechtsvorschriften sowie bei den Öffentlichen Bekanntmachungen dieser Amtsblatt-Ausgabe eingesehen werden.

Allgemeinverfügung zu Testungen von Kita-Kindern der Stadt Mannheim: ab sofort drei Mal pro Woche testen

Die Stadt Mannheim hat seit dem 15. April 2021 Allgemeinverfügungen zu Testungen an Kindertagesstätten (Kitas) erlassen. Die seit 18. November 2021 gültige Allgemeinverfügung vom 17. November 2021 ersetzt die vorangegangene Allgemeinverfügung zur Testung von Kita-Kindern vom 19. Oktober 2021 und gilt zunächst bis einschließlich 16. Dezember 2021.

Gemäß der Allgemeinverfügung wird – wie bisher – von nicht immunisierten Kindern, die in Kindertageseinrichtungen in öffentlicher und freier Trägerschaft im Betreuungsangebot Kindergarten (in der Regel im Alter von drei bis sechs Jahren) betreut werden, als Voraussetzung für den Zutritt zur Einrichtung sowie die Teilnahme an den Angeboten der Nachweis eines negativen COVID-19-Tests verlangt. Neu ist, dass dieser Nachweis in Anlehnung an die landesweiten Regelungen für die Testpflicht von Schülerinnen und Schüler nun drei Mal statt bisher zwei Mal pro Woche verlangt wird. Bei einer Anwesenheit von drei aufeinanderfolgenden Tagen im Kindergarten sind zwei Nachweise, bei einer Anwesenheit von ein bis zwei Tagen in Folge ein Nachweis vorzulegen. Hiervon gibt es – wie bisher – bestimmte Ausnahmen. Im Gegensatz zur vorangegangenen Allgemeinverfügung gilt die Allgemeinverfügung

nicht für Hortkinder, da diese bereits von den regelmäßigen Testungen für Schulkinder nach der CoronaVO Schule erfasst sind.

Für nicht-immunisierte Beschäftigte in Kindertagesstätten gilt nach der aktuellen CoronaVO Kita des Landes unmittelbar eine arbeitstäglige Testpflicht.

Keine Besuche in Mannheimer Krankenhäusern

Seit 23. November gilt aus Infektionsschutzgründen in allen Mannheimer Krankenhäusern erneut ein allgemeines Besuchsverbot. Das haben Vertretende der Mannheimer Akut-Krankenhäuser in enger Abstimmung mit dem Gesundheitsamt Mannheim vereinbart.

Wegen der deutlich gestiegenen Infektionszahlen mit dem Corona-Virus sind Krankenbesuche am Universitätsklinikum, am Diako Mannheim und im Theresienkrankenhaus nicht mehr erlaubt. Auch bei ambulanten Terminen sind bis auf wenige Ausnahmen keine Begleitpersonen mehr zulässig.

Ausnahmen vom grundsätzlichen Besuchsverbot sind in besonderen Fällen möglich: Angehörige von Sterbenden und Schwerstkranken können nach Absprache mit der behandelnden Ärztin oder dem behandelnden Arzt Zutritt erhalten. Bei Kindern ist pro Patientin oder Patient eine Begleitperson zugelassen, ebenso in der Notaufnahme sowie bei ambulanten Patientinnen und Patienten mit körperlicher oder psychischer Beeinträchtigung. Auch bei Geburten ist weiterhin eine Begleitung durch eine nahestehende Person möglich. Für diese ausnahmsweise zugelassenen Besuche gilt die 3G-Regel: Geimpft, genesen oder mit dem Nachweis eines aktuellen negativen SARS-CoV-2 Tests.

Stadtparks

Gemäß der aktuellen Corona-Verordnung des Landes Baden-Württemberg vom 28. Oktober 2021 dürfen Besucherinnen und Besucher die Parks nur betreten, wenn sie geimpft oder genesen sind. Ausgenommen sind Kinder und Jugendliche bis 17 Jahre bzw. Schülerinnen und Schüler sowie Personen, deren Gesundheitszustand eine Impfung verbietet (Nachweise sind für alle Gruppen erforderlich). Bei Schülerinnen und Schülern reicht als Nachweis ihrer regelmäßigen Testung die Vorlage des Schülerscheins. Die allgemeinen Hygiene- und Abstandsregeln gelten weiter: Abstand von 1,5 Metern sowie Maskenpflicht im Innenbereich bzw. im Außenbereich an Stellen, wo es eng wird.

Die automatischen Eingänge Fichtestraße und Unterer Luisenpark bleiben aufgrund der gesetzlichen 2G-Kontrollpflichten aktuell geschlossen. Offen sind die Eingänge Fernmeldeturm und Haupteingang.

Hinweis zu Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit sowie Jugendsozialarbeit

Auch in der Alarmstufe sollen Angebote der Kinder- und Jugendarbeit sowie Jugendsozialarbeit weiterhin stattfinden können, weil die dringend notwendigen Freiräume in Lebensgestaltung von Kindern und Jugendlichen erhalten werden sollen. Darauf weist das Land Baden-Württemberg hin. Um aber das Risiko zu minimieren, gilt in der Alarmstufe bei Angeboten die Maskenpflicht auch für geimpfte, genesene und getestete Personen. Weitere Informationen sind unter www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/angebote-der-kinder-und-jugendarbeit-bleiben-in-alarmstufe-moeglich zu finden. Im Hygienekonzept der Jugendförderung des Jugendamts und Gesundheitsamts Mannheim ist das durchgehende Tragen eines medizinischen Mund-Nasen-Schutz oder eine FFP-2-Maske bereits vorgesehen (vgl. https://neustart.majo.de/wp-content/uploads/2021/10/Hygienekonzept_Jugendfoerderung.pdf).

Kommunales Impfzentrum im Rosengarten

Seit Montag ist im Rosengarten ein Kommunales Impfzentrum eingerichtet. Nach wenigen Tagen ohne Termine, wurde nun, wie angekündigt, ein Terminvergabesystem eingerichtet. **Fortsetzung auf Seite 2**

Etatreden zum Haushalt 2022

Mannheim: sozial, ökologisch, krisenfest



Stefanie Heß, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende
FOTOS (7): THOMAS TRÖSTER

Die Aufgaben, die vor uns stehen sind riesig. Die Atempause, die wir mit diesem Brückenhaushalt einlegen, darf uns nicht davon ablenken, dass wir diese Aufgaben jetzt angehen müssen. Denn unter Krisen leiden die Schwächsten in unserer Gesellschaft am meisten. Das gilt für die Corona-Krise genauso wie für die Klimakrise. Für die GRÜNE Fraktion ist deshalb klar, dass wir jetzt neben der Bekämpfung der Pandemie auch daran arbeiten müssen, unsere Stadt gegen die Klimakrise zu wappnen. Und da muss sich jede und jeder fragen lassen, wie ernst es ihr und ihm eigentlich ist mit einem effektiven Klimaschutz. Denn Klimaschutz ist Sozialpolitik. **Fortsetzung auf Seite 2**

Mannheim hält zusammen



Thorsten Riehle, SPD-Fraktionsvorsitzender

In wenigen Wochen beschließen wir den Haushalt für das Jahr 2022. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind deutlich spürbar und bestimmen den finanziellen Rahmen, den wir in diesem Jahr verhandeln. Uns als SPD sind fünf Themenbereiche besonders wichtig. Erstens: Junge Menschen stärken! Dazu müssen wir mehr Kita-Plätze in allen Stadtteilen schaffen und Ganztags- und Gemeinschaftsschulen ausbauen, um unsere Bildungslandschaft fit für die Zukunft zu machen. Wir müssen Kinder und Jugendliche, die besonders unter den Folgen der Pandemie leiden, mit zusätzlichen Angeboten unterstützen. Zweitens: Dem Ehrenamt Perspektiven geben! **Fortsetzung auf Seite 2**

Investitionskraft für die Zukunft erhalten



Claudius Kranz, CDU-Fraktionsvorsitzender

Im letzten Haushalt hat die rot-rot-grüne Mehrheit des Gemeinderates viele dauerhaft zu finanzierende zusätzliche Stellen geschaffen. Da wir pandemiebedingt den größten Einbruch der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland hatten, führt dies nunmehr dazu, dass wir einen Übergangshaushalt für ein Jahr ohne Spielräume für den Gemeinderat gestalten müssen. Bei Neubau und Sanierung in den Bereichen Schule und Kinderbetreuung dürfen wir keinesfalls Einsparungen durchführen. Aber auch in den Bereichen Klimaschutz und Verkehrswende (Ausbau Radwegenetz und ÖPNV) darf nichts gestrichen werden. **Fortsetzung auf Seite 2**

Solidarisch und ökologisch aus der Corona-Krise



Dennis Ulas, LI.PAR.Tie-Fraktionsvorsitzender

Die sozialen Unterschiede sind in Mannheim während der Pandemie gewachsen, auch zwischen den Stadtteilen. Armut ist vielfältiger geworden. Der Bedarf an sozialen und medizinischen Leistungen hat zugenommen, der finanzielle Spielraum der Stadt abgenommen. Das Dogma der Schwarzen Null erschwert einen Ausstieg aus diesem Dilemma. Der bestehende Mangel an preiswertem Wohnraum und strukturelle Bildungsdefizite weiten sich aus. Wir brauchen für mehr Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau einen besser ausgestatteten Bodenfonds und mehr Sozialwohnungen. Im Bildungsbereich müssen die Corona-bedingten Lernrückstände aufgeholt und die Digitalisierung schneller voran gebracht werden. **Fortsetzung auf Seite 2**

Mannheim – Aber normal!



Bernd Siegholt, AfD-Fraktionsvorsitzender

Leider müssen wir feststellen, dass OB und Ratsmehrheit sich um des Eigenlobs willen stets von unserer Arbeit abgrenzen. Perfide ist die Erwähnung in einem Atemzug mit Verbrechern, mit denen die AfD nichts gemein hat. In der Sache macht uns der Haushalt 2021 erhebliche Sorgen: Zum einen lebt Mannheim auf einem zu hohen Schuldenberg, eine Besserung ist nicht in Sicht. Bauprojekte wie Nationaltheater und Klinikum sind ein Fass ohne Boden, Straßenrückbauten und Sperrungen werden noch draufgesetzt. Erkennbar ist der ideologische Hass auf Autofahrer, obwohl unsere Region von und mit dieser Mobilitätsform lebt. Und keiner fährt 0,8 Autos. **Fortsetzung auf Seite 2**

Solide Haushalten gerade in Krisenzeiten



Dr. Birgit Reinemund, FDP / MfM-Fraktionsvorsitzende

Der Haushaltsentwurf 2022 unterschreitet die gesetzliche Mindestliquidität von 25 Millionen Euro klar. Mehr noch, die Liquidität wird voraussichtlich 22 Millionen ins Minus laufen lassen. Das ist für uns nicht akzeptabel, so lehnen wir den Entwurf ab. Wir müssen endlich zu einem soliden Haushalt zurückkommen und die richtigen Prioritäten setzen: Bildung und Jugend, Digitalisierung, moderne Infrastruktur, Sicherheit und Sauberkeit – und konsequente Kostenkontrolle. Sparen wir uns doch im Krisenjahr das Ansparen des Bodenfonds und investieren lieber in moderne Infrastruktur. Vieles was den Bürgern direkt nutzt ist nicht voll finanziert, zum Beispiel **Fortsetzung auf Seite 2**

Das Beste für Mannheim

Die Freien Wähler – Mannheimer Liste möchte folgende Schwerpunkte im kommenden Jahr setzen und kritisch begleiten. Thema Nr. 1 ist die Verschmutzung in der gesamten Stadt, die deutlich verbessert werden muss, auch durch Stärkung des kommunalen Ordnungsdienstes für mehr Kontrollen. Verkehrsförderndes Parken muss weiter geahndet werden, daran gibt es keine Zweifel. Die Ausweisung zulässiger Parkflächen im gesamten Stadtgebiet, wo es platztechnisch möglich ist, darf dabei aber nicht vergessen werden. Beim Radwegbau schlägt die Fraktion vor, neue Radwege erst einmal zurück zu stellen und das Hauptaugenmerk auf Lückenschlüsse und Instandsetzungen zu legen. **Fortsetzung auf Seite 2**



Prof. Dr. Achim Weizel, Freie Wähler – ML-Fraktionsvorsitzender



Symbolfoto FOTO: SHUTTERBUG75/PIXABAY

